

Haushaltsanträge SPD & CDU

Stand: 11.03.2026

Lfd. Nr.	GB/FB	Thema/Produkt	Art (E/I/HH-Begl./P)	Text	Deckung	Finanz. Auswirkungen 2026	MiFi 2027	MiFi 2028	MiFi 2029
Mehreinnahmen									
1	4	Veranstaltungen	E	Veranstaltungsreihe Stadtforum Potsdam beenden Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Veranstaltungsreihe "Stadtforum Potsdam" einzustellen. Begründung: Die Rolle des „Stadtforums“ zu Fragen der Stadtentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam hat sich in den letzten Jahren entscheidend verändert. Neben der Kultur müssen auch weitere Bereiche Konsolidierungen beibringen. Aus diesem Grund wird die Veranstaltungsreihe eingestellt.	Keine Deckung erforderlich Streichung der Maßnahme dient der Haushaltskonsolidierung	50.500	50.500	50.500	50.500
2	4/ FB 55	Öffentliches Grün/Landschaftsbau	I	Katastrophenschutz voranbringen Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, das 1.000 Bäume Programm einzustellen und die Auszahlungsermächtigungen im Investitionshaushalt zum aufgestockten Betrag für Katastrophenschutz vorzusehen.	keine Deckung erforderlich	250.000	500.000	500.000	500.000
3	1	Grundstück	I	Wohnungsbau vorantreiben Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass Grundstück - Ecke Am Kanal, Charlottenstraße - für Wohnungsbau an die Wohnungsbaugenossenschaft 1956 zu verkaufen. Begründung: Der Wohnungsbaugenossenschaft 1956 gehört bereits das Hochhaus an der Ecke Am Kanal - Charlottenstraße. Zur weiteren Erschließung für Wohnungsbau kann dieses Grundstück (Wiese an der Räderei) verkauft werden.	keine Deckung erforderlich	1.500.000	0	0	0
4	4/ FB 55	Öffentliches Grün/Landschaftsbau	I	Konsolidierungsbeitrag aus dem Babelsberg-Vermögen Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, einen Teil von mindestens 3 Mio. Euro des sogenannten B-Vermögens der Konsolidierung noch in 2026 zuzuführen. Begründung: Im B-Vermögen ist ein Immobilienwert von rd. 12 Mio. Euro hinterlegt. Der GB4 plant derzeit rd. 3 Mio. Euro für den Uferweg zu entnehmen. Diese sind jedoch für die Konsolidierung in 2026 einzusetzen.	keine Deckung erforderlich	3.000.000	0	0	0
5	4	Grundstück	E	Innenstadtentwicklung vorantreiben Die Stadtverordnetenversammlung weist die Pro Potsdam an, die überwiegend für gGwerbe vorgesehene Südseite des sog. Block V der Potsdamer Mitte als Einzelparzellen nach dem Vorbild der anderen Blöcke als Konzeptvergabe zu veräußern und den Verkaufserlös an die Stadtkasse abzuführen. Ferner wird die Pro Potsdam beauftragt, einen Teil der geförderten Wohnungen in frei finanzierte Wohnung umzuwandeln und Mietgewinne an die LHP abzuführen. Begründung: Die Gewerbeflächenvermarktung an diesem Standort kann, auch aufgrund der gestiegenen Baukosten, von der Pro Potsdam an einen privaten Investor übernommen werden. Am Standort können ggf. auch weitere Wohnung entstehen, wenn dies gem. B-Plan möglich ist.	keine Deckung erforderlich	3.000.000	0	0	0

6	4/ FB 47	Mobilität und technische Infrastruktur	E	ÖPNV stärken Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, eingeplante Mittel zur Erweiterung des Modellprojektes "autoarme Innenstadt" zur Stärkung des ÖPNV eingesetzt werden können. Begründung: Das Modellprojekt "autoarme Innenstadt" hat versch. Herausforderungen in der Innenstadt erzeugt und wird von versch. Initiativen und Anwohnern sehr kritisch begleitet. Eine Erweiterung ist im Augenblick nicht statthaft.	keine Deckung erforderlich	50.000	50.000	50.000	50.000
7	4/FB 47	Mobilität und technische Infrastruktur	E	Bootsplatz Havelbucht Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, noch in 2026 die beschlossene Drs. 25/SVV/0983 "Marina auf dem Kiewitt sichern" umzusetzen. Begründung: Mit Drs. 25/SVV/0983 kann die Landeshauptstadt die Bewirtschaftung an den Verein übergehen. Freiwerdende Haushaltsmittel können für die Haushaltskonsolidierung genutzt werden.	keine Deckung erforderlich ggf. freiwerdenden Mittel werden für die Haushaltskonsolidierung genutzt	0	0	0	0
8	2/FB 26	Kultur und Wissenschaft	E	Marketing Schiffbauergasse Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, aus den Marketingmitteln 300.000 Euro zu kürzen und für die Haushaltskonsolidierung einzusetzen.	keine Deckung erforderlich	150.000	150.000	150.000	150.000
9	1	Personal	E	Tarifaufwuchs Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bei der Planung der Personalaufwendungen ab Juli 2026 die Tarifsteigerung bei den Beschäftigten im Durchschnitt in Höhe von 2,1 % anzusetzen. Begründung: Im aktuellen HH-Entwurf 2026 ff. sind Tarifsteigerung bei den Beschäftigten entsprechend früherer sehr positiver Tarifabschluss (VKA für den Zeitraum 01.01.2025 bis 31.03.2027 jährliche Tarifsteigerung in Höhe von 2,5 % im Volljahreseffekt ab 2027 eingeplant). Der aktuelle Tarifabschluss läuft bis zum 1.1.2028 mit der letzten Steigerung um 1 Prozent. Insgesamt wurde in diesem Zeitraum eine Steigerung um 5,8 Prozent vereinbart. Demgegenüber hat die Landeshauptstadt 2,5 Prozent als jährliche Steigerung angesetzt. Mit der Absenkung auf 2,1 Prozent im HH-Entwurf, bleibt weiterhin Spielraum, 1,2 Prozent können für die zusätzliche Konsolidierung eingesetzt werden.	keine Deckung erforderlich. Die freiwerdenden Mittel werden für die Haushaltskonsolidierung eingesetzt.	0	600.000	800.000	800.000

10	1	Personal	E	Strategisches Personalwirtschaftskonzept Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, ein strategisches Personalwirtschaftskonzept für den Zeitraum 2026–2030 zu entwickeln, mit dem Ziel 1. spätestens ab dem Jahr 2028 die Personalkosten um einen Betrag von 6 Mio. Euro zu reduzieren, 2. in einem solchen Personalwirtschaftskonzept die altersbedingten Abgänge systematisch zu erfassen und zu bewerten, 3. darzustellen, in welchen Bereichen altersbedingte Abgänge nicht oder nur teilweise nachbesetzt werden müssen, sofern durch Digitalisierung, Prozessoptimierung oder den Einsatz von KI-Systemen eine Aufgabenwahrnehmung weiterhin gewährleistet werden kann, 4. konkrete Maßnahmen zur Digitalisierung und Effizienzsteigerung in besonders personalintensiven Bereichen zu benennen, insbesondere - im Bürgerservice (z. B. digitale An- und Ummeldungen, digitale Kfz-Zulassungen), - durch flächendeckenden Einsatz der E-Akte und des e-Rechnungsworkflows, - im Sozialbereich durch den Einsatz digitaler Fachverfahren mit entsprechenden Schnittstellen zu bereits bestehender Software (z. B. „prosoz digital“), 5. zu prüfen, ob zusammen mit einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt mit dem Land ein Pilotprojekt zum Einsatz von KI zur Bearbeitung von Leistungsanträgen im SGB XII, SGB IX und ggf. weiteres SGBs (analog des Einsatzes von KI in der Wohngeldsachbearbeitung) auf den Weg gebracht werden kann. 6. mit einem Kaskadenmodell 6a. für die Jahre 2027 bis 2028 zu prüfen, wie sich eine Besetzung lediglich jeder zweiten durch Altersabgänge oder Fluktuation freiwerdende Stelle auf den Haushalt auswirkt. Die nicht zu besetzenden Abgänge sollen insbesondere durch verstärkte KI-Nutzung und Prozessoptimierungen in den Verwaltungsabläufen abgedeckt werden. 6b: Für die Jahre 2029 bis 2032 zu prüfen, wie sich die Besetzung lediglich zwei von drei durch o.g. Sachverhalte freiwerdende Stelle in der Jahresbetrachtung neu zu besetzen. Es ist bei allen Überlegungen darauf zu achten, das Auszubildenden und Absolventen bei einem guten Abschluss übernommen werden, um von deren Kenntnissen zu profitieren und eine angemessen Altersdurchmischung beizubehalten. Die hierfür erforderlichen einmaligen Investitions- und Umstellungskosten im Haushalt transparent für die nächste Haushaltsaufstellung 2027/2028 darzustellen und den erwartbaren mittel- und langfristigen Einspareffekten gegenüberzustellen. Der Stadtverordnetenversammlung ist bis zum III. Quartal 2026 zu berichten. Begründung: Kurzfristige Personalkosteneinsparungen sind realistisch kaum nicht möglich. Gleichzeitig eröffnet der Zeitraum 2026–2030 durch altersbedingte Abgänge ein strategisches Zeitfenster, um die Personalstruktur der Landeshauptstadt Potsdam nachhaltig neu auszurichten. Altersbedingte Abgänge sollten künftig nur dann nachbesetzt werden, wenn die Aufgaben nicht durch veränderte Arbeitsabläufe, Digitalisierung oder den Einsatz geeigneter KI-gestützter Systeme erfüllt werden können. Die notwendige Umstellung erfordert kurzfristig zusätzliche personelle und materielle Ressourcen. Die Umstellung ist langfristig zu realisieren und zu finanzieren. Die Einsparungen sind langfristig zu realisieren und zu finanzieren.	keine Deckung erforderlich	0	0	6.000.000	6.000.000
11	Bereich OB'in	Strategische Steuerung	E	Ansatzkürzung im Bereich Strategische Steuerung Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die dargestellten Haushaltsreste des Bereichs Strategische Steuerung, im Büro der Oberbürgermeisterin, gem. Aussagen im HA vom 25.02.2026 zum TOP 8.9 Haushaltssatzung GB5 für die Konsolidierung einzusetzen. Die externe HH-Beratung wird gem. Beschluss 25/SVV/0078-95 und einem Kostenrahmen von 500.000 Euro umgesetzt. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu prüfen, ob zusammen mit einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt mit dem Land ein Pilotprojekt zum Einsatz von KI zur Bearbeitung von Leistungsanträgen im SGB XII, SGB IX und ggf. weiteres SGBs (analog des Einsatzes von KI in der Wohngeldsachbearbeitung) auf den Weg gebracht werden kann.	keine Deckung erforderlich	400.000	100.000	100.000	100.000
12	4	Werbung	E	Werbeeinnahmen an Baustellen generieren Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, bei zentralen Baustellen des KIS und der Pro Potsdam während der Fassadenbauarbeiten mit der Vermietung von Großplakaten ab sofort Einnahmen zu erzielen. Die entsprechenden Erträge im KIS als auch in der Pro Potsdam sind an die LHP abzuführen. Begründung: Die Baustellenfassaden (Gerüst) bieten Potenzial für zusätzliche Einnahmen. U.a wurden in Berlin an der Gedächtniskirche sowie am Charlottenburger Tor großflächig Werbeflächen vermietet und so zusätzliche Einnahmen generiert.	keine Deckung erforderlich	50.000	80.000	80.000	80.000
13	Bereich OB'in/ FB 99	Konsolidierung	E	Kosten im Büro der Oberbürgermeisterin senken Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, im Bereich OB'in im Fachbereich 99 "Kommunikation und Partizipation" 100.000 Euro Konsolidierungsbeitrag durch Aufgabenpriorisierung zu erwirtschaften.	keine Deckung erforderlich	50.000	50.000	50.000	50.000

14	1/FB 52	Recht und Vergabe- management	E	Ansatz bei Gerichts-, Anwalts- und Notarkosten senken Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, im Produkt 5431530 (Gerichts-, Anwalts- und Notarkosten) jährlich 100.000 Euro zur Konsolidierung beizutragen.	keine Deckung erforderlich	100.000	100.000	100.000	100.000
15	3/FB 39	Arbeitsförderung	E	Arbeitsförderung Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, im Produkt 34200 jährlich 50.000 Euro zur Konsolidierung beizutragen. Begründung: Die freiwerdenden Mittel wurden in den vorangegangenen Jahren nicht ausgeschöpft und werden der Konsolidierung zugeführt.	keine Deckung erforderlich	50.000	50.000	50.000	50.000
16	4/FB 12	Sicherheit und Ordnung	E	Lizenzgebühr E-Scooter Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, eine Lizenzgebühr u.a. für E-Scooter - nach dem Vorbild der Stadt Köln - zum 01.09.2026 in Potsdam einzuführen. Zugleich sollen Gespräche mit den E-Scooter-Verleihern über das Stockholmer Modell mit "grünen Zonen" geführt werden. Begründung: Die Stadt Köln erhebt von E-Scooter-Verleihern eine jährliche Sondernutzungsgebühr zwischen 85 und 130 Euro. Über die Höhe muss die Verwaltung befinden und die entsprechenden Vorbereitungen zur Einführung auf den Weg bringen. In Stockholm können E-Scooter in zwei verschiedenen Zonen abgestellt werden. In der normalen Zone wird die normale Nutzungsgebühr fällig. Ein Abstellen in grünen Zonen, welche klare Vorgaben zu den Abstellbereichen machen, ist kostengünstiger für den Nutzer. Damit wird in Stockholm dazu beigetragen, dass das wilde Parken reduziert wird.	keine Deckung erforderlich (ab 01.09.2026 Sondernutzungs- gebühr von 50 Euro und 2.500 E- Scootern)	41.600	125.000	125.000	125.000
Gesamt Mehreinnahmen						8.692.100	1.855.500	8.055.500	8.055.500
Mehrausgaben									
17	4/FB 55	Grünflächen/ Spielplätze	E	Wasserspielplatz Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, Mittel für die Sanierung des Wasserspielplatzes prioritär im Wirtschaftsplan des Volksparkes einzuplanen und die Sanierung einzuleiten. Begründung: Der Wasserspielplatz wird von Mai bis September intensiv durch Potsdamer Familien genutzt. Eine Sperrung oder Einschränkung des Angebots trifft v.a. Potsdamer.	freiwerdende Mittel aus Anträgen 1 bis 16	100.000	0	0	0
18	4/FB 47	Straßen	E	Investitionsstau in der Straßenunterhaltung begegnet Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, mit Hilfe von Umpriorisierung im GB 4 ausreichend Mittel vorzusehen, um bei der Straßenunterhaltung den Anstieg des Instandsetzungsrückstaus zu vermeiden. Der Mittel aufwuchs in 2026 ist v.a. für die verstärkt auftretenden Frostschäden einzusetzen. Begründung: Die Maßnahmen umfassen die drei wesentliche Tätigkeitsfelder: Straßenunterhaltung, Verkehrslenkung und die Straßenbeleuchtung. Die Mittel dienen sowohl der Aufrechterhaltung der Verkehrsinfrastruktur als auch der Anpassung an aktuelle Bedürfnisse unserer wachsenden Stadt. Unzureichende Mittel in den letzten Jahren haben bereits zu einem Anstieg des Instandsetzungsrückstaus geführt.	freiwerdende Mittel aus Anträgen 1 bis 16	300.000	100.000	100.000	100.000
19	4/FB 44	Denkmalschutz und pflege	I	Fördermittel Denkmal Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, als kommunale Fördermittel für Baudenkmalpflege 100.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Begründung: Die Förderung löst durch Kofinanzierung des Landes und der Stiftung Denkmalpflege, für die Eigeneanteile nötig sind, eine deutlich höhere Summe zum Wohle der Instandsetzungen sanierungsbedürftiger Denkmale aus.	freiwerdende Mittel aus Anträgen 1 bis 16	75.000	75.000	75.000	75.000

20	5/FB 11	Digitalisierung	I	ONCE-only-Prinzip Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, das von den Stadtverordneten beschlossene „ONCE-Only-Prinzip“ im Haushalt finanziell abzubilden, in das bestehende digitale Umsetzungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam zu integrieren, die rechtlichen Fragebn zu klären und die Umsetzung als Priorität zu behandeln. Begründung: Mit den ONCE-Only-Prinzip wird Verwaltung für Personal und die Bürgerinnen und Bürger Potsdams zukünftig erleichtert. Die Daten werden zukünftig nur noch einmal hinterlegt und jede Behörde, egal ob Kitaplatzantrag oder Anwohnerparkausweis hat Zugriff auf bereits hinterlegte Stammdaten. Das bedeutet Entlastung für die Behörden sowie Entlastung für Bürgerinnen und Bürger. Ein weiteres Plus ist die Geschwindigkeit, die eine solche Umsetzung mit sich bringt. Die rechtliche Grundlage für das ONCE-Only-Prinzip ist von der Bundesregierung bereits seit 2025 geschaffen worden. Jetzt geht es um die Umsetzung.	freiwerdende Mittel aus Anträgen 1 bis 16	50.000	100.000	0	0
21	2	Schulessen	I	Konsolidierungsmaßnahme 2.2 zunächst aussetzen und mit einem haushaltsbegleitenden Antrag versch. Optionen überprüfen.	freiwerdende Mittel aus Anträgen 1 bis 16	427.600	450.900	456.500	476.300
22	4	VBB-Schülerticket	I	Konsolidierungsmaßnahme 10 zunächst aussetzen und mit einem haushaltsbegleitenden Antrag versch. Optionen überprüfen	freiwerdende Mittel aus Anträgen 1 bis 16	0	250.000	250.000	250.000
23	2	freiwillige Leistung	E	Konsolidierungsmaßnahme 6 (PLuS-Projekte) anpassen	freiwerdende Mittel aus Anträgen 1 bis 16	150.000	150.000	150.000	150.000
24	4/FB 57	Wirtschafts-förderung	E	Wirtschaftsförderung Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bei der Wirtschaftsförderung zumindest den Stand des Jahres 2025 sicherzustellen damit gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf: „Förderung von Wirtschaft und Gewerbe“ die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Potsdam weitgehend kontinuierlich fortgesetzt werden kann. Unter der Bedingung, dass die unterschiedliche Zuständigkeiten für Wirtschaftsförderung und Standortmarketing in einer Organisation bis Ende des Jahres 2026 zusammengeführt werden. Begründung: Die Aufgaben und Ziele der Wirtschaftsförderung sind gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf: „Förderung von Wirtschaft und Gewerbe“. Das heißt für unsere wachsende Stadt die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Potsdam. Durch die Gewerbesteuer, den Gemeindeanteil an Einkommenssteuer werden die Einnahmen der Stadt gesichert und erhöht. Zudem sorgt Beschäftigung für die Verringerung der Sozialausgaben. Hier zu sparen wäre also kontraproduktiv. Im Gegenteil, es müßte mehr Geld investiert werden, um den Wirtschaftsstandort attraktiver zu machen und Zukunftsbranchen anzuziehen.	freiwerdende Mittel aus Anträgen 1 bis 16	50.000	50.000	50.000	50.000
Gesamt Mehrausgaben						1.152.600	1.175.900	1.081.500	1.101.300
Haushaltsbegleitanträge									

25	2	Schulsozial-arbeit	HH-Begl.	Schulsozialarbeit Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, zum Schuljahr 2027/28 eine Schulsozialarbeiterstelle an der Grundschule in Krapnitz einzuplanen. Begründung: Die Landeshauptstadt hat es sich zum Ziel gesetzt, an jeder Potsdamer Schule - beginnend mit den staatlichen Schulen - eine Schulsozialarbeiterstelle vorzusehen. Ab dem 2. Schuljahr (2027/28) ist eine Stelle in Krapnitz vorzusehen. Die Stellenanteile werden mit der Projektstelle vom Lottenhof abgebildet. Die Verwaltung hatte dargestellt, dass sie diese Stelle abbilden kann. Die Stelle wurde seinerzeit nur etatisiert, um den Fördermittelantrag zu entsprechen.	keine Deckung erforderlich (Projektstelle Lottenhof geht in der Schulsozialarbeit auf)					
26	4	Förderung	HH-Begl.	Förderung für die flotte einstellen Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die verlängerte Förderung für das Projekt "flotte" einzustellen. Begründung: Die dreijährige Förderung für das Projekt "flotte" war als Anschubfinanzierung gedacht, damit das Projekt nach dem dreijährigen Förderzeitraum auf eigenen Füßen stehen kann. Die mit SVV-beschluss verlängerte Förderung bis zum Haushaltsbeschluss 2026 ist zum 01.07.2026 einzustellen.	keine Deckung erforderlich					
27	4/FB 57	Biosphären-halle	HH-Begl.	Biosphäre Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Masterplanung für die Biosphäre zum 3. Quartal 2026 abzuschließen. Das Gesamtkonzept soll in den Strukturvarianten (u.a. Szenarios Abriss und Verwendung der Fläche für Wohnungsneubau) und auch eine Strategie für eine Sanierung der Biosphärenhalle darstellen. Begründung: Die Biosphäre verzeichnet seit 2008 steigende Besucherzahlen und gehört neben dem Barberini, dem Schloss Sanssouci, dem Filmpark Babelsberg zu den TOP 4 Besucherattraktionen in Potsdam. Der Fortbestand der Biosphäre hängt entscheiden an der Sanierung der Infrastruktur. Deshalb ist für die Planung des Doppelhaushaltes 2027/28 ein belastbares Gesamtkonzept mit einer Entscheidung über eine Strukturvariante im 4. Quartal 2026 erforderlich.	keine Deckung erforderlich					
28	1/ FB 61	Steuern Produkt: 6110200 Verpackungssteuer	HH-Begl.	Verpackungssteuer Der Oberbürgermeister wird beauftragt, nach der Beschlussfassung der Satzung die Umsetzung kurzfristig zu evaluieren und für 2027/28 eine Grundsatzentscheidung zur Weiterführung zu stellen. Begründung: Die unmittelbaren Auswirkungen der Verpackungssteuer trifft v.a. die Potsdamerinnen und Potsdamer sowie die Unternehmen in Potsdam. Die Steuer wird 1:1 an die Kunden weitergegeben und trägt nicht dazu bei, die ohnehin angespannte Situation für die Potsdamer Unternehmen zu verbessern.	keine Deckung erforderlich					
29	4/FB 54	ÖPNV	HH-Begl.	ÖPNV Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, das ÖPNV-Angebot zu prüfen und festzustellen, in welchen Bereichen Optimierungen temporär oder auf Dauer vorgenommen werden können. Eventuelle Taktveränderungen sollen maßvoll für das gesamte Stadtgebiet erwogen und vertraglich umgesetzt werden. Begründung: Unser ÖPNV ist gut aufgestellt und leistet einen wichtigen Beitrag zur Mobilität in unserer Stadt. Die jährlich notwendigen Zuschüsse sind eine Herausforderung für unseren Haushalt. Es soll untersucht werden, wie Optimierungen vorgenommen werden können, ohne das Angebot und die Leistungsfähigkeit wesentlich zu beeinträchtigen. Dazu gehören alle Bereiche, insbesondere auch das zeitliche und räumliche Angebot.	keine Deckung erforderlich in 2026 erforderlich abhängig vom Prüfergebnis sind ab 2027 Mehr-/Minder- ausgaben möglich					

30	1	Haushalt	HH-Begl.	Wirkung Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Kennzahlen in der Haushaltssatzung zu überarbeiten bzw. neue Kennzahlen zu entwickeln, welche die jeweilige Wirkung besser darstellen..Dies soll auch Bestandteil der externen Beauftragung zum Zukunftssicherungskonzept sein (25/SVV/0078-102). Diese neuen Kennzahlen sollen im Haushaltsaufstellungsverfahren 2027/28 bereits genutzt werden. Begründung: Kennzahlen dienen der Analyse, Steuerung und Kontrolle von Produkten. Die zu den Produkten des kommunale Haushalts hinterlegten Kennzahlen weisen oftmals deutliche Unterschiede in Ihrer Aktualität und Aussagekraft auf. Mit der Entwicklung von spezifischen und aussagefähigen Kennzahlen zu den einzelnen Produkten soll eine stärkere Aussagekraft über deren Leistungsfähigkeit erreicht werden. Die Kennzahlen in der aktuellen Haushaltssatzung tragen teilweise nicht dazu bei, eine bessere Steuerung innerhalb der Produkte zu erreichen. Mit einer Überarbeitung können bessere Steuerungsmöglichkeiten und damit eine besser Haushaltsplanung erreicht werden.	keine Deckung erforderlich					
31	1	Haushalt	HH-Begl.	Jahresabschluss 2025 Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, III. Quartal 2026 einen vorläufigen Jahresabschluss für das Jahr 2025 der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. Begründung: Der vorläufige Jahresabschluss bildet die Grundlage für die externen Untersuchung zum Haushalt.	keine Deckung erforderlich					
32	1	Haushalt	HH-Begl.	Defizit reduzieren Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, 1. durch eine weitere Planungsstufe im Haushaltsentwurf 2027/28 die Ausgaben, insbesondere bei den pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben durch Veränderungen bei der Ausgestaltung und den freiwilligen Leistungen, insgesamt um mindestens die Hälfte des derzeitigen Defizits zu reduzieren. Dabei ist vor allem auch verwaltungsintern zu werben, dass nur durch verantwortungsvolle Einschnitte eine Haushaltssicherung zu vermeiden und die anstehenden Herausforderungen gemeistert werden können. Die Darstellung der Produkte in der Aufgabenklassifizierung Ziffer 1.9 in der Haushaltssatzung 2026 der Landeshauptstadt Potsdam ist nach Geschäftsbereichen zu sortieren und um die Zeile Gesamt je Geschäftsbereich zu ergänzen. 2. für die nächste Haushaltsaufstellungen jeweils Konzepte zu erarbeiten, wie für die nächste Haushaltsaufstellungen Mittel einzusparen sind: a) ein Konzept gemeinsam mit den sozialen Trägern, b) im Bereich Kulturgemeinsam mit den kommunalen Trägern, dabei soll auch geprüft werden, mit eigenen Ressourcen (Personal, Mittel, Infrastruktur) und durch Drittmittelaquise zusätzliche Einnahmen zu generieren und c) im Bereich Kultur zusammen mit Stiftungen und freien Trägern, dabei soll auch geprüft werden, mit eigenen Ressourcen (Personal, Mittel, Infrastruktur) und durch Drittmittelaquise zusätzliche Einnahmen zu generieren sowie Fördermittelzuwendungen an Eigenmitteleinsatz zu binden. Begründung: Die Landeshauptstadt Potsdam hat innerhalb von vier Jahren rund 225 Millionen Euro ihrer flüssigen Mittel verbraucht. Bei gleichbleibender Entwicklung sind die Reserven bis zum Jahr 2028 nahezu vollständig aufgezehrt. Der Haushaltsentwurf der Landeshauptstadt Potsdam für das Jahr 2026 wird im mit einem Fehlbetrag von nahezu 34 Millionen Euro kalkuliert. Bei dieser Entwicklung bewegen wir uns mit großer Geschwindigkeit Richtung Haushaltssicherungskonzept. Wir sind also zum Sparen gezwungen. Denn Haushaltssicherung bedeutet erhebliche Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen, von denen dann hauptsächlich die Bereiche Jugend, Soziales, Kultur und Sport betroffen wären und zwar in einem Masse, der die jetzt vorgeschlagenen Einschnitte um ein vielfaches Übertreffen und uns zwingen würde, von lieb gewonnenen Einrichtungen Abschied zu nehmen.	keine Deckung erforderlich					

33	1	Haushalt	HH-Begl.	geschäftsbereichsinterne und -übergreifende Priorisierung der freiwilligen Leistungen Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, in einer weiteren Planungsstufe im Haushaltsentwurf die Ausgaben, für freiwilligen Leistungen geschäftsbereichsintern zu priorisieren, und die Priorisierung zu begründen sowie nachvollziehbar kenntlich zu machen sowie auch geschäftsbereichsübergreifend zu bewerten, zu priorisieren und die Priorisierung zu begründen. Begründung: Der Haushaltsentwurf ist transparent und ausgeglichen aufzustellen. Dabei sind zunächst die unbedingt notwendigen Maßnahmen (Ausgaben) sowie die Grundangebote (freiwilliger Bereich) für das Gemeinwohl zu sichern. Dazu muss im freiwilligen Bereich des Haushaltsentwurfs für eine geschäftsbereichsübergreifende Priorisierung zunächst im Sinne der dezentralen Fach- und Ressourcenverantwortung die geschäftsbereichsinterne Priorisierung und Reihenfolge erfolgen, diese muss transparent kenntlich gemacht und begründet werden, damit sich dann verwaltungsintern sowie durch die Fraktionen adäquat befasst werden kann bzw. andere Priorisierung vorgenommen werden können. Die Leistung ist im Umfang des Beratungsangebotes durch die externe Beratungsfirma anzusiedeln, die sich mit dem Haushaltsprozess befasst. Die Leistung/Prüfung soll durch den Dienstleister erfolgen.	keine Deckung erforderlich					
34	4/FB 41	Stadtplanung	HH-Begl.	Stadtplanung Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bei der Stadtplanung sicherzustellen, dass alle Projekte der Priorität 1 durchgeführt werden können. Begründung: Potsdam ist eine wachsende Stadt, Infrastruktur und Bauvorhaben müssen daher kontinuierlich geplant und realisiert werden. Stillstand oder Verzögerungen führen zwangsläufig zu Defiziten, die nicht mehr aufzuholen sind. Es ist daher selbsterklärend, dass dieses Wachstum durch eine nachhaltige Stadtplanung begleitet werden muss. In der budgetübergreifenden Bewertung muss dies besonders berücksichtigt werden.	keine Deckung erforderlich					
35	1	Einbürgerung	HH-Begl.	Kosten im Bereich Soziales durch schnellere Einbürgerungen senken Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu prüfen, ob durch eine Erhöhung der VZÄ im Bereich der Einbürgerung Kosten für das Sozialsystem eingespart werden können. Die Erhöhung von 2 VZÄ's ist im Rahmen des bestehenden Stellenplans zu prüfen.	keine Deckung erforderlich					
36	1	Haushalt	HH-Begl.	Reduzierung von Produkten im kommunalen Haushalt Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Zahl der im Haushalt aufgeführten Produkte und Unterprodukte sinnvoll reduziert wird. Begründung: Durchschnittlich werden rund 170 Produkte im Haushaltsplan (Druckversion) und ca. 300 Unterprodukte im IKVS abgebildet. Durch eine sinnvolle Reduzierung der Produkte einschließlich Unterprodukte werden eine bessere Lesbarkeit und Transparenz sowie eine effiziente Planung und Steuerung ermöglicht.	keine Deckung erforderlich					
37	1	Katastrophenschutz	HH-Begl.	Sondervermögen für den Katastrophenschutz einsetzen Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu prüfen, wie weitere Mittel des Sondervermögens für den Katastrophenschutz eingesetzt werden können.	keine Deckung erforderlich					
38	2	freiwillige Leistung	HH-Begl.	Nachbarschaftshäuser (NBH) und Jugendtreffs	keine Deckung erforderlich					
39	4	Beteiligungsunternehmen	HH-Begl.	ÖPNV (HH-Begleitantrag) 1. Prüfung Auswirkungen VBB-Schülerticket erst ab Klasse 7 2. Prüfung Auswirkungen VBB-Schülerticket erst ab Klasse 5 3. Prüfung Auswirkungen soziale Staffelung 4. Prüfung Auswirkungen Erhöhung um 1 Euro 5. Prüfung Auswirkungen Erhöhung um 2 Euro 6. die Steigerungen an den aktuellen Index anzupassen	keine Deckung erforderlich					

40	2	Schulessen	HH-Begl.	Schulessen (HH-Begleitantrag) Evaluation des Preisdeckels inkl. einer Analyse der Nichtzielerreichung (mehr Kinder in das Mittagessen zu bringen) 1. Prüfung Auswirkungen eines Preisdeckels nur für Grundschulen Klasse 1-6 2. Prüfung Auswirkungen soziale Staffelung 3. Prüfung Auswirkungen Erhöhung des Preisdeckels um 10 Ct. 4. Prüfung Auswirkungen Erhöhung des Presideckels um 25 Ct. 5. Prüfung Auswirkung verschiedener Kombinationen der Varianten 1 bis 4 6. Caterer einen freiwilligen Realbetrag erheben 7. die Steigerungen an den aktuellen Index anzupassen	keine Deckung erforderlich					
41	2	Kultur	HH-Begl./E	Einnahmensteigerung HOT Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, gemeinsam mit der Geschäftsführung des HOT einen Plan zu erarbeiten,wie der Eigenanteil auf 10 Prozent an der Gesamtfinanzierung ab 2027 gesteigert werden kann. Der entsprechende Betrag ist im Haushalt 2027/28 weniger abzubilden. Begründung: Der Eigenanteil an der Gesamtfinanzierung des HOT liegt aktuell bei ca. 6 Prozent. Bereits in vergangenen Haushaltsverfahren wurde die Erhöhung des Eigenanteils immer wieder debattiert. Mit dem Haushalt 2015/16 wurden sogar 15 Prozent Eigenanteil gefordert. Seinerzeit ist die Geschäftsführung von einem Eigenanteil von rd. 11 Prozent ausgegangen und hat dies auch als realisitisch angesehen. Da alle Kulturschaffenden bereits mit dem Haushalt 2026 einen Beitrag leisten mussten, muss auch das HOT im Doppelhaushalt 2027/28 seinen Anteil zur Haushaltskonsolidierung beitragen.	keine Deckung erforderlich					
						Mehreinnahmen	8.692.100	1.855.500	8.055.500	8.055.500
						Mehrausgaben	1.152.600	1.175.900	1.081.500	1.101.300
						Gesamt	7.539.500	679.600	6.974.000	6.954.200

zusätzliche Konsolidierung bis 2029	22.147.300
--	-------------------